



1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

Antrag vom MIT-Landesvorstand

**Bezahlbare Energie – das Fundament unserer Gesellschaft**

**Forderungen für eine erfolgreiche Energiewende**

**Leitidee**

Der durch die Verbrennung fossiler Energieträger menschengemachte Klimawandel stellt derzeit die größte Bedrohung für das Leben auf unserem Planeten dar. Basierend auf dem bei der Klimakonferenz in Paris vereinbarten Klimaziel erlassen die Europäische Union und die Bundesregierung zahlreiche Gesetzespakete, um die Treibhausgasemissionen bis 2050, bzw. in Deutschland bis 2045, auf nahezu null abzusenken. Die MIT Niedersachsen unterstützt dieses Ziel, da ein weiteres Hinauszögern der Klimaneutralität die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen zerstören würde. Nur müssen die gesetzlichen Maßnahmen auch sinnvoll und zielführend sein, ohne dabei die industriellen Wertschöpfungsketten zu zerschlagen. Wenn durch die europäische und nationale Gesetzgebung Treibhausgasemissionen lediglich ins Ausland verlagert werden, ist das Weltklima in keiner Weise entlastet worden. Im Wesentlichen muss bei den notwendigen Umbaumaßnahmen unserer industriell geprägten Volkswirtschaft die Energieerzeugung grundlegend verändert und auf neue Erzeugungsprozesse umgestellt werden. Diese Transformation der Energiewirtschaft wird zukünftig ausschließlich auf CO<sub>2</sub>-freien Techniken beruhen. Die etablierte und bewährte Strom- und Wärmeerzeugung mittels fossiler Energieträger wird spätestens ab 2045 in Deutschland durch Elektrizität und Brennstoffen aus erneuerbaren Energien ersetzt werden müssen. Die weitestgehend mögliche Elektrifizierung aller privaten, öffentlichen und industriellen Prozesse ist ein Folgeschritt dieses Umbaus, der auch als Transformation bezeichnet wird.

Die MIT Niedersachsen betont, dass diese Umstellung koordiniert und physikalisch-technisch sinnvoll erfolgen muss. Solange die Elektrifizierung dieser Prozesse nicht synchron mit dem Zubau an erneuerbaren Energien erfolgt, wird ein steigender Stromverbrauch nur zu einem Hochfahren von Kohlekraftwerken und damit höheren Treibhausgasemissionen führen. Als Beispiel für eine nichtsynchronisierte Einführung sei das Ampel-Chaos bei der Wärmepumpe genannt.

Mit diesem Papier zur Umstellung unserer Energieversorgung will die MIT Niedersachsen ihren Mitgliedern zum einen Hintergründe auf Basis von Fakten erläutern und zum anderen Forderungen an die Bundesregierung richten, um eine Energiewende zu realisieren, die auch die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. Eine Verlagerung unserer industriellen Wertschöpfungsketten ins Ausland würde den Wohlstand und damit den sozialen Frieden in Deutschland unwiderrufbar zerstören. Extremistische Parteien könnten das politische Geschehen gestalten und damit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährden.

## 38 2 Forderungen an die Politik

### 39 2.1 Technologieoffenheit heißt Ideologiefreiheit

40 MIT lehnt politisch-ideologische Festlegungen auf Techniken ab.

41 Die Transformation ist technologiegeprägt und kann nur unter der Berücksichtigung der  
42 physikalischen Naturgesetze gelingen!

43 MIT wehrt sich gegen Denkverbote

44 Alle Maßnahmen, die das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 und darüber hinaus  
45 verfolgen, müssen offen, gleichberechtigt und transparent diskutiert und ggf. gefördert werden.  
46 Die Klimawende kann nur innovativ und technologieoffen gelingen.

47 Ziel der Klimaneutralität ist die Minimierung und bestenfalls Eliminierung aller Treibhausgase im  
48 europäischen Wirtschaftsraum bis 2050. Diesem Ziel sind andere umweltpolitische Bestrebungen  
49 unterzuordnen. Bei Zielkonflikten ist Klimaneutralität von überragendem öffentlichem Interesse.  
50 Alle CO<sub>2</sub>-freien Technologien müssen genutzt werden dürfen. Anderweitige Nachteile sind gegen  
51 das Primat der CO<sub>2</sub>-Neutralität abzuwägen. **Dies gilt insbesondere für die Kernenergie, die als**  
52 **CO<sub>2</sub>-freie und grundlastfähige Technik dem Betrieb von Kohle- und Erdgas vorzuziehen ist.**  
53 Ideologische Sichtweisen, die auch auf subjektiven Bedürfnissen und Anschauungen beruhen,  
54 dürfen im öffentlichen Diskurs keinen Einfluss nehmen und sind abzulehnen.

### 55 2.2 Marktwirtschaft ist der Schlüssel zum Erfolg

56 MIT fordert mehr Soziale Marktwirtschaft statt ineffektiver Planwirtschaft

57 Damit unsere Volkswirtschaft als Antwort auf den menschengemachten Klimawandel in allen  
58 gesellschaftlichen Sektoren eine Klimaneutralität erreichen kann, muss der Gesetzgeber  
59 entsprechende Rahmenbedingungen festlegen, innerhalb derer Industrie und Dienstleistungen  
60 sowie öffentliche und private Haushalte sich bewegen müssen, um ihre jeweiligen Belastungen auf  
61 das Klima gegen null zu führen. Der Gesetzgeber darf aber nur die Leitplanken setzen, aber keine  
62 engen Vorgaben bei anzuwendenden Technologien und Prozessen diktieren. Letzteres muss dem  
63 Zusammenspiel von Wissenschaft, Wirtschaft und Investoren überlassen werden. Politische  
64 Bürokratie hat nicht die Expertise und Motivation, erfolgreiche Techniken zu entwickeln, die im  
65 internationalen Wettbewerb erfolgreich bestehen müssen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass  
66 sich Volkswirtschaften erfolgreich entwickelt haben und überzeugende Antworten auf kritische  
67 Herausforderungen finden konnten, wenn sie ohne staatliche Vorgaben und Eingriffe agieren  
68 konnten. Erfahrungen mit planwirtschaftlichem Wirtschaftssystem führten bisher immer zum  
69 Scheitern, ausdrücklich auch beim Umwelt- und Klimaschutz. Leider haben sich die EU und  
70 Deutschland durch mangelnde Technologieoffenheit und absolut einseitige Lösungen, die auf  
71 Ideologien und mangelnder Wahlfreiheit beruhen, auf den Weg in eine Planwirtschaft gemacht.

### 72 2.3 Ehrlichkeit

73 MIT fordert offene Diskussion mit Benennung aller Konsequenzen der Klimawende!

74 Dass der Erreichung der Klimaziele derzeit international unlösbare Hindernisse im Weg stehen, ist  
75 vielen bewusst. Daher muss die Politik dies auch offen zugeben und keine Lösungen versprechen,  
76 die im internationalen Wettbewerb derzeit keine Chance auf dauerhafte Realisierung haben.

77 Eine allein auf erneuerbaren Energien beruhende stabile und verlässliche Energieversorgung wird  
78 erst dann möglich sein, wenn weltweit ausreichend grüner Wasserstoff und Speichermöglichkeiten  
79 für die Absicherung in Dunkelflauten oder bei Anlagenausfällen zur Verfügung stehen wird. Dieser  
80 hierfür erforderliche Ausbau an erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen werden bis 2045 nicht

81 umsetzbar sein. In einer ehrlichen Diskussion müssen dann auch die treibhausgasfreie Kernenergie  
82 und der aus Erdgas in Verbindung mit CCS-Technologie hergestellte blaue Wasserstoff als  
83 Alternativen diskutiert werden.

84 Die zukünftige Energieversorgung muss auch so ausgestaltet werden, dass eine politische  
85 Erpressbarkeit vermieden wird, wie es Europa im Rahmen des russischen Angriffskrieges auf die  
86 Ukraine erfahren musste. Dabei ist auch in Betracht zu ziehen, dass viele Staaten mit  
87 hervorragenden Standortbedingungen für erneuerbare Energien von autokratischen Systemen  
88 regiert werden und nicht den Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes genügen.

89

## 90 **2.4 Richtige Schrittfolge**

91 **MIT fordert einen koordinierten Umbau unserer Energiewirtschaft.**

92 Der bisherige Verlauf der Energiewende ist durch eine einseitige Konzentration auf die Schaffung  
93 von erneuerbaren Energie Quellen geprägt, ohne die notwendigen, korrespondierenden  
94 Investitionen in Netz Infrastruktur und Stromspeicher Kapazitäten ausreichend zu berücksichtigen.  
95 Es nützt dem Klima nichts, wenn sehr ambitionierte Ziele zur Errichtung von PV-Parks und  
96 Windenergieanlagen beschlossen werden, der erzeugte Strom aber nicht zu den Verbrauchern  
97 geleitet werden kann, da sowohl die Übertragungs- wie auch die Verteilnetze die volatilen  
98 Stromspitzen nicht aufnehmen können. Außerdem fehlen Speicher, die diese überschüssigen  
99 Strommengen aufnehmen können. Daher stehen an windigen Tagen in Norddeutschland  
100 Windanlagen still und Kohlekraftwerke speisen im Süden und Osten Deutschlands Strom ins Netz,  
101 da die Netze für den Transfer von Nord nach Süd noch nicht existieren. Da die Betreiber der  
102 Windkraftanlagen monetär entschädigt werden und die Residualkraftwerke durch CO<sub>2</sub>-Kosten den  
103 Strompreis erhöhen, kostete dieses unkoordinierte Vorgehen den Stromverbrauchern in 2020  
104 bereits 1,4 Mrd. €! Daher muss der Ausbau koordiniert erfolgen. Netzausbau, Speicherausbau und  
105 Zubau von regenerativer Erzeugung müssen Hand in Hand erfolgen. Erst dann ist ein  
106 volkswirtschaftlich sinnvoller Stromverbrauch durch eMobility, Wärmepumpen und zusätzliche  
107 Elektrifizierung der industriellen Prozesse gewährleistet.

## 108 **2.5 Wettbewerbsfähige Energiepreise**

109 **MIT verlangt Reformierung des Strommarktdesigns.**

110 Bei allen politischen Veränderungen des Energiemarktes muss das Zieldreieck der Energiepolitik  
111 (Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit) aus § 1  
112 Energiewirtschaftsgesetz gewahrt bleiben. Die derzeitige Entwicklung der Energiepreise erfordert  
113 eine Reform des Strommarktdesigns, hier insbesondere eine Anpassung des Merit-Order-Prinzips,  
114 das für Industrie, Mittelstand und Bürgerinnen und Bürger die höchsten Strompreise weltweit zur  
115 Folge hat.

116 Die Energiepreise müssen für den Mittelstand wettbewerbsfähig bleiben, da er sonst nicht mehr  
117 international wettbewerbsfähig bleibt. Der klimarelevante Fuel-Switch vom Erdgas hin zum grünen  
118 Strom kann nur gelingen, wenn diese Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen und in ausreichender  
119 Menge den Verbrauchern zur Verfügung steht.

## 120 **2.6 Deutschlands Transformation zu einer CO<sub>2</sub>-freien Volkswirtschaft**

121 **Für die MIT ist dieses Ziel nicht verhandelbar. Aber es müssen alle mitgenommen werden!**

122 Der Umbau der deutschen Volkswirtschaft zu einer klimaneutralen Industriegesellschaft verlangt  
123 eine umfassende Elektrifizierung, was einen deutlich steigenden Strombedarf zur Folge haben  
124 wird.

125 Das Potential für den Direkteinsatz von Strom schätzt die MIT auf etwa 800 TWh. In diesem Wert  
126 sind die Einsparungen durch die Umstellung auf Elektromobilität im Verkehrssektor und die  
127 Einsparungen durch den großflächigen Einsatz von Wärmepumpen im Gebäudesektor bereits  
128 berücksichtigt. Demnach muss die Strommenge aus Erneuerbaren gegenüber heute (Stand März  
129 2023) schon um den Faktor 3 erhöht werden.

130 Es ist jedoch nicht möglich, alle Prozesse in Wirtschaft und Industrie durch den Direkteinsatz von  
131 Strom zu transformieren. Soll unsere Volkswirtschaft in Zukunft CO<sub>2</sub>-neutral funktionieren, ist  
132 eine umfassende Bereitstellung von Wasserstoff (H<sub>2</sub>) unumgänglich. Nach den der MIT  
133 vorliegenden Angaben der Industrie ist mit einer Dimension von 40 – 45 Mio. t H<sub>2</sub> jährlich zu  
134 rechnen. Soll der Wasserstoff ausschließlich mit Strom aus Erneuerbaren hergestellt werden  
135 (grüner Wasserstoff), beläuft sich die dafür benötigte Strommenge auf ca. 2.000 – 2.300 TWh.

136 Der Gesamtbedarf an Strom erhöht sich somit auf 2.800 – 3.100 TWh. Das bedeutet eine Strom-  
137 vervielfältigung aus Erneuerbaren gegenüber heute um den Faktor 11 – 12.

138 Die Summe aller erneuerbaren Strommengen beläuft sich nach den heute absehbaren Potentialen  
139 auf maximal 1.450 TWh (s. 4.2 Energieträger). Die somit bereits abschätzbare Lücke für  
140 Deutschlands Strombedarf bei CO<sub>2</sub>-Neutralität von 1.300 bis 1.600 TWh durch  
141 Stromproduktionskapazitäten im Ausland schließen zu wollen, ist unrealistisch und wäre selbst bei  
142 teilweiser Umsetzung mit einschneidender politischer Erpressbarkeit verbunden. Nach den  
143 Erfahrungen des Gasdebakels mit Russland ist ein solches Erpressungspotential nach Überzeugung  
144 der MIT strikt zu vermeiden.

145 Wollte Deutschland diese Lücke durch eine vermehrte Nutzung der Windkraft an Land schließen,  
146 wären statt der avisierten 2% etwa 9 bis 11% der Landfläche für Windparks auszuweisen. Eine  
147 solche Lösung hält die MIT für politisch nicht vermittelbar und wäre nach Ansicht der MIT mit  
148 unseren gesellschaftspolitisch gewachsenen Einstellungen zu Natur- und Artenschutz nicht in  
149 Einklang zu bringen.

150 Da andere erneuerbare Energiequellen aufgrund ihrer geringen Verfügbarkeit für diese  
151 Dimensionen eine vernachlässigbare Rolle spielen, kommt als CO<sub>2</sub>-freie Alternative nur Atomkraft  
152 in Frage. Die MIT spricht sich daher nachdrücklich für Betrieb und Weiterentwicklung der  
153 Atomkraft durch Kernspaltung wie auch durch Kernfusion aus.

## 154 **2.7 Finanzierung der Infrastruktur**

### 155 **MIT gegen eine Überlastung der Netzentgelte**

156 Der Betrieb und die Aufrechterhaltung von Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.  
157 Daher darf die Finanzierung des Netzausbaus nicht allein über Netzentgelte refinanziert werden.  
158 Die Politik muss mit allen Beteiligten ein langfristiges Finanzierungsmodell entwerfen, da sonst die  
159 Wettbewerbsfähigkeit vieler Industrie- und Gewerbebetriebe nicht mehr gewährleistet sein wird.

## 160 **2.8 Umsetzung von Projekten**

### 161 **MIT verlangt Planbarkeit und Verlässlichkeit**

#### 162 **2.8.1 Planbarkeit**

163 Die Realisierung von Transformationsprojekten ist nur möglich, wenn Unternehmen und  
164 Investoren auf belastbare und verlässliche regulatorische Randbedingungen vertrauen können. Da  
165 gerade Infrastrukturinvestitionen einen langen Zeithorizont haben, dürfen diese nicht durch  
166 kurzfristige politische Entscheidungen in Wirtschaftlichkeit und Erfolg gefährdet werden. Diese  
167 Forderung verlangt von beiden Seiten einen offenen Umgang mit Chancen und Risiken.

168 Goldgräberstimmung führt meist zu platzenden Blasen, Weltuntergangsstimmung verhindert die  
169 erforderlichen Investitionen.

170 Ein reformiertes Strommarktdesign darf auf der einen Seite die Wirtschaftlichkeit von bereits  
171 getätigten Projekten nicht gefährden, auf der anderen Seite müssen Investoren die EEG-Vergütung  
172 als Baseline beachten.

### 173 **2.8.2 Genehmigungen**

174 Die immer länger werdende Genehmigungsdauer von Projekten be- und verhindert die  
175 Realisierung der Energiewende. Investoren lenken daher Gelder ins Ausland, was der nationalen  
176 Transformation fehlen wird. Daher müssen auf der einen Seite Ressourcen bzgl. Quantität und  
177 Qualität in den Genehmigungsbehörden geschaffen und umgesetzt werden, auf der anderen Seite  
178 müssen die Genehmigungsverfahren bzgl. Anforderungen und Umfang verschlankt werden. Auch  
179 der Umgang mit Einwendungen, Widersprüchen und Klageverfahren muss reformiert werden.  
180 Bewährte juristische Instrumente wie die Präklusion müssen bewahrt, das Verbandsklagerecht  
181 eingeschränkt werden.

### 182 **2.8.3 Finanzierung**

183 Die Finanzierung von Transformationsprojekten darf nicht an regulatorischen Vorgaben wie der  
184 EU-Taxonomie scheitern. Kleinteilige, nach politischen Ansichten definierte Kriterien der  
185 Taxonomie bilden keine neuen und fortschrittlichen Verfahren ab. Die Auseinandersetzung mit  
186 Taxonomie Kriterien kostet Ressourcen und wirft Projekte zeitlich nach hinten bzw. verhindert sie.  
187 Die Transformation braucht Pioniergeist und Pragmatismus, was bürokratische, nicht hilfreiche  
188 politische Konstruktionen wie die EU-Taxonomie verhindert.

## 189 **2.9 Internationales Handeln**

### 190 **MIT fordert abgestimmtes Handeln unter den großen Wirtschaftsnationen!**

191 Die Klimakrise kann nur gestoppt werden, wenn alle Staaten offen und abgestimmt vergleichbare  
192 und ehrgeizige Klimaziele umsetzen. In Paris wurden diese Ziele formuliert, die Umsetzung und der  
193 Zeitrahmen weichen deutlich voneinander ab. Deutschland war 2021 der größte Emittent von  
194 Treibhausgasen innerhalb der EU-27 mit 24%. Weltweit betrachtet hat die EU-27 in diesem  
195 Zeitraum einen Anteil von 7,33% und Deutschland von 1,76% am Gesamtausstoß an Klimagasen.

196 Auch wenn der Einfluss im Vergleich auf das Weltklima gering ist, müssen Deutschland und die EU  
197 als Mitglied der G-7-Staaten ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren technologischen  
198 Fortschritt sowie ihre finanziellen Ressourcen einbringen. Umso mehr ist es Aufgabe der EU und  
199 Deutschlands als Mitverursacher der Klimakrise, entsprechende Techniken zu entwickeln und  
200 einzuführen, mit denen eine klimaneutrale Energie- und Industrieproduktion als Erfolgsgeschichte  
201 umgesetzt werden kann. Nur so lassen sich Drittstaaten in ihren Überlegungen und Strategien zur  
202 Nachahmung überzeugen, um ein weltweites gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Deutsche  
203 Alleingänge, basierend auf überambitionierten Zielen und Realitätsferne, werden hingegen zu  
204 einem Scheitern der verkündeten Maßnahmen führen. Dadurch würde sich Deutschland zu einem  
205 Negativbeispiel entwickeln, welches andere Staaten von mutigen und notwendigen  
206 Anstrengungen in klimapolitische Maßnahmen abschreckt.

207 Daher muss gemeinschaftlich auf Ebene der UN weiter an klimapolitisch zielführenden  
208 Instrumenten gearbeitet werden, um beispielsweise einen weltweit gültigen CO<sub>2</sub>-Preis  
209 einzuführen, oder Partnerschaften wie etwa den Klimaclubs unter den großen Wirtschaftsnationen  
210 zu gemeinsamen Strategien umzusetzen. Der jetzige europäische CO<sub>2</sub>-Preis verschiebt  
211 treibhausgasintensive Prozesse in außereuropäische Länder ohne CO<sub>2</sub>-Kosten und hat daher nur  
212 geringen Einfluss auf die weltweit wirkenden CO<sub>2</sub>-Minderungen.

213		<b>Weitere Verlauf des Leitantrags – es geht in die Tiefe der Themen</b>
214	3	<b>Energieverbrauch</b>
215	4	<b>Energienetze und Energieträger</b>
216	4.1	Energienetze
217	4.1.1	Stromnetze
218	4.1.2	Gasnetze
219	4.1.3	Speicher
220	4.1.4	Digitalnetze
221	4.2	<b>Energieträger</b>
222	4.2.1.1	Erneuerbare Energieträger
223	4.2.1.1.1	Windkraft On Shore
224	4.2.1.1.2	Windkraft Off Shore
225	4.2.1.1.3	Photovoltaik
226	4.2.1.1.4	Biogas-Anlagen
227	4.2.1.1.5	Wärmepumpen, Geothermie
228	4.2.1.1.6	Wasserkraft
229	4.2.1.2	<b>Energieträger der Zukunft</b>
230	4.2.1.2.1	Wasserstoff
231	4.2.1.2.2	E-Fuels
232	4.2.1.2.3	Synthetische Kraftstoffe – sofort verfügbar – X to liquid
233	4.2.1.3	<b>Fossile Energieträger</b>
234	4.2.1.3.1	Erdgas
235	4.2.1.3.2	Erdöl
236	4.2.1.3.3	Kohle